

Protokoll der vierten Sitzung des Unterausschusses „Kinder- und Jugendförderplan“ vom 20.10.2015

Anwesend: Herr Körber (Vorsitzender/Stadtjugendring), Frau Silber-Bonz (FDP), Herr Krämer (CDU)
Frau Schulenburg (BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN),
Herr Misch, Frau Janke-Schmidt (beide Jugendverbände)
Herr Dr. Pich (Jugendamtselternbeirat)

Verwaltung: Frau Clauß, Frau Kusserow, Herr Engels (Protokoll)

als Gast: Frau Leshwange (LVR), Frau Borowski (SPD), Herr Kernenbach (Verein zur Förderung
der städt. Jugendeinrichtungen)

TOP 1: Begrüßung durch den Vorsitzenden

Der Vorsitzende, Niklas Körber, begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung.

TOP 2: Protokoll der dritten Sitzung vom 20.01.2015

Herr Engels verwies auf den unterlaufenden Irrtum bei der Überschrift zum Tagesordnungspunkt 3. Sie müsse lauten: „Weiterentwicklung der Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche“.

Das Protokoll wurde ohne Einwände und Ergänzungen angenommen.

TOP 3: Partizipationskonzept für Jugendliche

Frau Clauß begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt die Fachberaterin des Landesjugendamtes zum Thema Partizipation Jugendlicher, Frau Martina Leshwange. Da Frau Leshwange zum Termin der JHA-Sitzung verhindert ist, wurde sie zu dieser Unterausschusssitzung eingeladen. Frau Clauß verwies darauf, dass Frau Leshwange an der Ideenwerkstatt im Herbst 2014 sowie an der letzten Sitzung der Expertenrunde teilgenommen habe und bat diese um eine Einschätzung der Sankt Augustiner Probleme und des hier eingeschlagenen Weges im Landesvergleich.

Frau Leshwange bestätigte, dass die Probleme in Sankt Augustin auch in vielen anderen Kommunen im Land deutlich würden. In der Gesamtschau sei Sankt Augustin mit dem vorgestellten Konzept auf einem sehr guten Weg. Es sei gut gewesen, die Jugendlichen in der Ideenwerkstatt selbst zu fragen und ihnen verschiedene Modelle vorzustellen, statt ihnen ein von Erwachsenen entworfenes Konzept überzustülpen. Auch sei die Idee der verschiedenen Module für die verschiedenen Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen sehr gut. Es gebe kein eindeutiges, allgemein gültiges Partizipationsinstrument für alle Zielgruppen. Ein weiterer positiver Aspekt sei die Chance zum Experimentieren. Die Ermöglichung kurze Projekte mit schnellen Erfolgsaussichten sei eine sehr jugendaffine Methode und ganz entscheidend für eine Motivation zu weiterer Mitwirkung. Es sei allerdings auch nötig, nach einer gewissen Zeit die Erfahrungen kritisch zu überprüfen und das Konzept zu überarbeiten.

In der folgenden Diskussion fragte Herr Dr. Pich, welche Ziele mit der Partizipation verfolgt werden sollten, dies werde ihm in der Konzeption zu wenig deutlich. Herr Misch ergänzte, es stelle sich die Frage, ob die Partizipation als pädagogisches Element gesehen werde, als tatsächliche Mitwirkung oder als Nachwuchsförderung für Kommunalpolitik. Er verwies auf die Behinderung einer tatsächlichen Teilhabe durch kommunale Abläufe, die nicht beschleunigt werden können, sowie auf rechtliche und strukturelle Hemmnisse.

Frau Leshwange bestätigte, dass Partizipation ein pädagogischer Auftrag sei und Teil der informellen Bildung, jedoch auch ein gesetzlicher Auftrag. Eine eigenständige Jugendpolitik werde in Land und im Bund als Thema verstärkt besetzt und im kommenden Jahr zusätzlich gefördert. Als das aus ihrer Sicht wichtigste Ziel der Partizipation nannte sie, in den Kommunen den Jugendlichen Demokratie erlebbar zu machen. Eine tatsächliche Mitwirkung stehe und falle aber damit, wie ernst die Anliegen der Jugendlichen genommen würden und wie weit deren Ideen tatsächlich in angemessener Zeit umgesetzt würden. Dies bedeute auch, bürokratische Hürden abzubauen. Bestehende Strukturen müssten den Jugendlichen aber auch transparent gemacht werden, gegebenenfalls müsse Jugendlichen auch zurückgespiegelt werden, dass etwas nicht möglich sei. Eine Einbindung Jugendlicher in politische Gremien sollte geprüft werden, die Kommunen hätten hierzu einen Handlungsspielraum. Dabei müsse gemeinsam mit den Jugendlichen überlegt werden, wie solche Strukturen aussehen könnten. Die neue Shell-Studie belege das Interesse Jugendlicher an Mitwirkung, jedoch nur für die sie interessanten Themen. Mitwirkung dürfe keine Alibifunktion haben und nicht instrumentalisiert werden.

Frau Schulenburg widersprach der Einschätzung der Expertenrunde, dass der JSR für Jugendliche uninteressant sei. Es gebe durchaus positive Beispiele in anderen Kommunen, auch mit den Jugendstadträten in Sankt Augustin selbst. Diese Form eines festen Gremiums sei zu früh aufgegeben worden.

Diesem Eindruck widersprachen Frau Leshwange sowie Frau Silber-Bonz, Frau Clauß und Frau Kusserow als Teilnehmerinnen der Expertenrunde. Der JSR sei nicht endgültig abgeschlossen. Aufgrund der veränderten Freizeit Jugendlicher sei es den Jugendlichen aber nicht länger möglich gewesen, sich so langfristig zu engagieren. Jugendliche hätten sich zudem bei der Ideenwerkstatt gegen eine langfristige, umfassende Bindung und für ein kurzes, punktuelles Engagement ausgesprochen. Es gehe mit dem neuen Ansatz darum, Jugendliche durch die neuen Absätze wieder für Partizipation zu begeistern und sie später, wenn möglich, in ein festes Gremium einzubinden. Gegebenenfalls müssten hierfür dann andere Formen des Zeiteinsatzes gefunden werden.

Herr Misch verwies darauf, dass auch bei der Einrichtung des Kinder- und Jugendparlaments ein dynamisches Konzept entwickelt worden sei. Schon damals sei auf die Mitarbeit der Schulen und der Lehrer gesetzt worden, die als Moderatoren Lerninhalte mit konkreten Partizipationsprojekten in Sankt Augustin hätten verbinden sollen. Dies habe so nicht funktioniert. Auch beim jetzigen Prozess müssten die personellen Ressourcen Beachtung finden und Frage gestellt werden, ob und wie Lehrer und Schulleiter den Prozess unterstützen.

Frau Janke-Schmidt verwies auf die zeitliche Überlastung und die Übersättigung von Jugendlichen sowie die geringer werdenden personellen Kapazitäten bei den freien Trägern. Die Jugendverbände seien froh, wenn ihre eigenen Angebote liefen. Wenn freie Träger beteiligt werden sollten, dann gehe dies nur mit starker struktureller und administrativer Unterstützung durch die Stadt. Sie schlug eine Unterstützung von Partizipationsmöglichkeiten durch freie Träger dadurch vor, dass Projekte in deren Räumlichkeiten stattfinden könnten. Frau Silber-Bonz verwies auf die ebenfalls eingeschränkten personellen Ressourcen auch in den Jugendeinrichtungen.

Frau Clauß bestätigte, dass Partizipation zum einen ein gutes Konzept brauche sowie personelle Kapazität für den Aufbau von Strukturen, die bei der Stadtverwaltung vorhanden sei, jedoch und vor allem auch Personen, die Kontakt zu Jugendlichen hätten und diese zum Mitmachen motivieren könnten. Hierbei dankte sie den Jugendeinrichtungen, die ihre Unterstützung zugesagt hätten. Sie bezweifelte, dass sich eine von Herrn Misch und Frau Janke-Schmidt vorgeschlagene Arbeitsgruppe,

die den Prozess begleiten solle, aus Vertretern von freien Trägern, Schulen, Eltern und Stadt als zusätzlicher Arbeitskreis aufgrund der knappen Personalressourcen etablieren lasse. Sie verwies jedoch darauf, dass das Thema Partizipation Jugendlicher sowohl in der Arbeitsgruppe der offenen Jugendarbeit (AGOT) als auch in der halbjährlichen Schulleiterkonferenz fest verankert sei. Herr Misch regte an, als zusätzlichen Anker im Stadtrat in Form eines Projektes eine konkrete kommunale Partizipationsmöglichkeit für Jugendliche zu beschließen.

Herr Kernenbach sprach sich dafür aus, ein Forum für die Darstellung gelungener Projekte zu schaffen, um Jugendliche anzuregen selbst aktiv zu werden. Eine solche Beteiligung aus eigenem Interesse oder aus sozialen Motiven sei aber weit weg vom Interesse an einer Gremiumsarbeit.

Auf Anfrage von Frau Clauß bestätigten die Mitglieder des Unterausschusses, dass das vorgestellte Konzept mit unterschiedlichen Modulen für unterschiedliche Zielgruppen grundsätzlich begrüßt werde, jedoch wurde darum gebeten, die Möglichkeit zur Wiedereinrichtung eines festen Gremiums in jugendgerechter Form mit aufzunehmen. Als Zeitraum für eine Experimentierphase wurde ein Jahr vereinbart, nach welchem die Erfahrungen geprüft und Korrekturen und Ergänzungen vorgenommen werden können.

TOP 4: Spielplatzplanung

Frau Kusserow stellte die vom Fachdienst Jugendarbeit erarbeitete Gesamtliste der Spielflächen in Sankt Augustin vor, und verwies auf den Auftrag aus der letzten Sitzung des JHA, dass der Antrag auf Errichtung eines neuen Spielplatzes auf dem Niederberg im Rahmen einer Gesamtschau der Spielflächen in Sankt Augustin entschieden werden solle. In Sankt Augustin ständen pro Jahr maximal 50.000 € für den Spielplatzausbau zur Verfügung. Aufgabe sei es, mit diesem begrenzten Budget gute Spielplätze zu errichten und zu erhalten. Im JHA müsse dazu eine solche Gesamtschau beschlossen werden, um Abwägen zu können, wie diese Haushaltsmittel optimal eingesetzt werden können.

Für diese Spielplatzplanung schlage die Verwaltung vor, externe Planer mit einzubeziehen. Eine solche Planung könnte in folgenden Modulen geschehen:

1. Dokumentensichtung und Grobkonzept unter Berücksichtigung der bereits zur Verfügung stehenden Unterlagen
2. Interdisziplinäre verwaltungsinterne Abstimmung zur Erstellung eines abgestimmten Konzeptes über die Möglichkeiten der Spielflächengestaltung
3. Erstellung einer Prioritätenliste mit künftigen Maßnahmen unter Berücksichtigung der Ergebnisse aus dem Grobkonzept und der politischen Beteiligung
4. Sozialraum und Kinderbeteiligung, Beteiligung politischer Gremien
5. Bewertung und Ergebnissicherung
6. Beschluss im Unterausschuss und im JHA

Für diesen Prozess seien ca. 2 Jahre anzusetzen und Planungskosten in Höhe von ca. 20.000 € erforderlich. Diese Mittel müssten im Rahmen der Haushaltsplanung angemeldet werden.

Die Mitglieder des Unterausschusses begrüßten grundsätzlich eine solche Planung als guten Einsatz für die Zukunft, da die Spielflächen verbessert und ggf. sogar Kosten eingespart werden könnten. Sie äußerten sich aber skeptisch zu den für eine

externe Begleitung einzusetzenden Kosten. Der Jugendhilfeausschuss müsse sich über die Zielsetzung und die Art des Auftrags klar werden.

Spielplätze müssten attraktiv sein, damit sie von Eltern und Kindern genutzt werden, dabei könnten nicht genutzte Spielplätze durchaus auch aufgegeben werden. Zu beachten sei jedoch auch die veränderte gesellschaftliche Entwicklung, u.a. der zusätzliche Bedarf durch Flüchtlingsfamilien. Frau Schulenburg verwies auf eine notwendige regelmäßige Überprüfung einer solchen Planung aufgrund der sich ständig verändernden Nutzung. Herr Misch verwies auf die Überlegungen zur Einrichtung von Jugendtreffpunkten und auf den Mehrgenerationenaspekt und regte an, möglichst naturnahe Spielplätze zu errichten. Er regte auch an, dazu Drittmittel heranzuziehen.

Frau Clauß stellte klar, dass mit dem vorhandenen Budget im Moment nicht mehr in vollem Umfang Ersatzbeschaffungen möglich seien. Die Spielplätze würden perspektivisch immer leerer und uninteressanter. Es bestehe die Aufgabe ein pädagogisches Konzept mit den Aspekten der Demographie und der Wirtschaftlichkeit zu verbinden. Bei einer Entscheidung über den Abbau von Spielplätzen müsse jedoch gut überlegt werden, was mit diesen Flächen passieren solle. Mit den bisher für Kinder reservierten Flächen müsse sehr sorgsam umgegangen werden.

Frau Silber-Bonz und Herr Kernenbach verwiesen auf die Erfahrungen und konkreten Ergebnisse, die durch die beiden Projekte Spielplatzscouts und die Spielplatzpaten hinsichtlich der Nutzung der Spielplätze vorliegen und befürchteten, dass diese Ergebnisse nur unzureichend in diesem Prozess berücksichtigt würden, sofern ein externes Planungsbüro diese Planung übernehmen sollte. Ebenso verwies Herr Kernenbach auf das hohe bürgerliche Engagement bei der Errichtung des Mehrgenerationenspielplatzes am Holzweg und die Mitarbeit der Jugendlichen bei „Betreten erlaubt“. Auch dieses müsse mit einbezogen werden.

Frau Kusserow sagte zu, dass diese Ergebnisse, ebenso wie die Ergebnisse der Arbeitsgruppen des KiJuPa natürlich berücksichtigt würden. Diese seien jedoch nicht flächendeckend und müssten durch weitere Betrachtungen ergänzt werden. Auch die Beteiligung von Bürgern und Kindern sei ein wichtiges Modul in diesem Planungsprozess. Da das Fachamt der Auftraggeber sei, könne es auch die Gewichtung der einzelnen Module und die Kriterien der Planung bestimmen und dies zusammen mit allen Fachkräften, Beteiligten und der Politik entwickeln.

Auf Nachfrage von Frau Silber-Bonz erklärte sie, die angegebene Summe sei zunächst allgemein, die tatsächlichen Kosten ergeben sich aus den benötigten Modulen und dem Ergebnis der Ausschreibung.

Frau Clauß erklärte, die Planung könne fachlich zwar mit eigenen Kräften erstellt werden, jedoch fehlten die personellen Kapazitäten. Ohne externe Begleitung sei eine Gesamtschau nicht möglich. Hier müsse die Politik entscheiden, was erreicht werden solle. Sie verwies auf das Zeitproblem aufgrund der zurzeit laufenden Haushaltsmittelanmeldungen. Eine erneute Beratung im Unterausschuss vor Einbringung des Haushaltes sei nicht mehr möglich, ohne dass der Planungsprozess erheblich verzögert werde. Sie regte an, in der Vorlage die wahrscheinlichen Kosten für die jeweiligen Module deutlich zu machen, damit die Politik über die einzelnen Module entscheiden könne und im JHA zunächst eine Grundsatzentscheidung zu treffen.

Frau Kusserow ergänzte, dass für eine Ausschreibung eine Leistungsbeschreibung notwendig sei, die im Unterausschuss oder im Jugendhilfeausschuss vor Versendung an infrage kommende Planungsbüros beraten werden könne. Hiermit werde den politischen Gremien die Möglichkeit zur Beteiligung gegeben.

Diese Vorschläge von Frau Clauß und Frau Kusserow wurden einhellig begrüßt.

TOP 5: Weiberfastnacht 2016 und 2017

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde eine Tischvorlage verteilt. Frau Silber-Bonz erklärte, dass zu diesem Thema auf Antrag der SPD-Fraktion auch in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses beraten werde.

Herr Körber und Frau Kusserow berichteten aus dem 1. Sicherheitsgespräch zu Weiberfastnacht 2016 vom Vortag, bei dem die Kooperationspartner die in der Tischvorlage erläuterten Kriterien nochmals ausdrücklich bestätigt und einvernehmlich festgestellt hätten, dass für keinen der genannten Alternativstandorte ein genehmigungsfähiges Sicherheitskonzept erstellt werden könne. Als Alternative sei eine gemeinsame Veranstaltung mit Siegburg angeregt und die Verwaltungsspitzen gebeten worden, sich hierzu abzusprechen. Dezentrale Veranstaltungen, wie vom FD Jugendarbeit vorgeschlagen, seien abgelehnt worden, da sie nicht den Anforderungen eines gesamtstädtischen Sicherheitskonzeptes entsprächen. Das Konzept des Fachdienstes Jugendarbeit zur Öffentlichkeitsarbeit und zur Erarbeitung von Präventionsangeboten sei hingegen begrüßt worden. Weitere Themen seien die Absprachen und Vorüberlegungen zur gemeinsamen Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes für den Weiberfastnachtstag in Sankt Augustin gewesen, u.a. zur Absicherung des Karl-Gatzweiler-Platzes

Frau Kusserow berichtete, dass es ganz aktuell eine Entwicklung hin zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit Siegburg gebe. Die beiden Bürgermeister hätten hierüber miteinander gesprochen, ein erster Termin zu einem Planungsgespräch auf Ebene der Sachbearbeiter (Ordnungsbehörden und und Jugendarbeit) sei bereits vereinbart. Dieses fände noch vor der JHA-Sitzung statt.

Die Ausschussmitglieder begrüßten diese Entwicklung, es sei wichtig, dass ein Angebot stattfinde, wenn nicht in Sankt Augustin, dann in Siegburg. Frau Janke-Schmitt verwies darauf, dass es Befindlichkeiten zwischen Sankt Augustiner und Siegburger Jugendlichen gebe. Nicht alle Sankt Augustiner Jugendlichen würden daher nach Siegburg fahren wollen. Auch Herr Misch verwies auf die Geschichte der Weiberfastnachtsveranstaltung in Sankt Augustin, bei der die Jugendlichen sich diesen Platz und diese Veranstaltung selbst erobert hätten und verwies auf den präventiven Ansatz der bisherigen Veranstaltungen. Dies müsse mit bedacht werden, wenn man die Jugendlichen an diesem Tag steuern wollte.

Auch Herr Kernenbach begrüßte die gemeinsame Veranstaltung mit Siegburg als alternativlos. Es sei zwar ein Experiment mit ungewissem Ausgang, was die Aspekte des Jugendschutzes angehe, aber die Gefahr sei bei einer gänzlichen Absage einer Veranstaltung noch größer. Er habe die gute Erfahrung gemacht, dass man Jugendliche in die Pflicht nehmen könne, wenn man ihnen klar mache, dass bei einem Scheitern des Experimentes künftige Veranstaltungen dieser Art nicht mehr möglich wären. Er regte an, ein Konzept für ein gutes Programm zu entwickeln, damit es sich für Jugendliche lohne, diesem Tag nicht auf dem Schulhof zu verbringen.

Frau Clauß verwies darauf, dass auch bei der gemeinsamen Durchführung einer Veranstaltung in Siegburg ein Sicherheitskonzept für Sankt Augustin erstellt werden müsse, u.a. mit Aussagen zur Absicherung des Karl-Gatzweiler-Platzes gegen informelle Feten.

Auf die Anregung von Frau Janke-Schmidt bezüglich einer guten Öffentlichkeitsarbeit gegenüber Jugendlichen und Eltern vor allem an den Schulen auch in den umliegenden Kommunen, berichtete Frau Kusserow, dies sei vorgesehen und verwies auf das geplante Präventionskonzept. Sie begrüßte, dass auch die Jugendverbände über den Stadtjugendring wieder in das Präventionskonzept eingebunden seien. Herr Körber berichtete, dass das Thema Weiberfastnacht auf der Tagesordnung der nächsten Vollversammlung des Stadtjugendrings im November stehe.

TOP 5: Sonstiges

Herr Körber erklärte, dass er das Thema „Zukunft der verbandlichen Jugendarbeit und des Stadtjugendrings“ auf die Tagesordnung der nächsten Unterausschusssitzung setzen wolle. Über die verbandliche Jugendarbeit werde auch in der JHA-Sitzung im Sommer berichtet. Hierzu laufen bereits die Vorbereitungen.

Ende der Sitzung

Der Vorsitzende, Niklas Körber, bedankte sich bei den anwesenden Mitgliedern für deren Mitarbeit und schloss die Sitzung gegen 21.30 Uhr.

Für 2016 wurden folgende Termine für die Unterausschusssitzungen festgelegt:

Dienstag, 24. Mai 2016 um 18.00 Uhr, Raum 122 (Eschenzimmer) und
Dienstag, 25. Oktober 2016 um 18.00 Uhr, Raum 122 (Eschenzimmer).



Klaus Engels
Protokollführer



Niklas Körber
Vorsitzende des Unterausschusses

Gesehen:



Marcus Lübken
Beigeordneter